Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 180. [47. Jahrgang.] Sonntag den 2. August 1908. Erste (Abend-)Ausgabe. [47. Jahrgang.] Nr. 180.

Berlin, den 1. August.

Politischer Tagesbericht.

Die Prüfung des Falles Schücking in der Ministerialinstanz hat ergeben, daß nach Einleitung des formellen Disziplinarverfahrens jede Beeinflussung des in der Sache zuständigen Bezirksausschusses von seiten des Ministers des Innern auf Grund des § 157 Nr. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung für unzulässig zu erachten ist. Der Bezirksausschuß wird selbständig darüber zu befinden haben, ob das Verfahren einzustellen oder durch Urteil zum Abschluß zu bringen ist. Wenn das letztere erfolgt und dabei auf eine der gesetzlich in Betracht kommenden Disziplinarstrafen erkannt wird, so steht dem Bürgermeister Dr. Schücking gegen dieses Urteil die Berufung an das Oberverwaltungsgericht zu.

Die in der Presse noch immer wiederkehrende Behauptung, daß Herr Schücking in Sachen seiner Landtagskandidatur durch einen Beamten in höherem Auftrage beeinflußt sei, ist auch insoweit unwahr, als diese Beeinflussung einer Provinzialinstanz zugeschrieben wurde.

Der Beamte, welcher Herrn Schücking Vorstellungen betreffs seiner Kandidatur gemacht hat, ist der zweite Bürgermeister Plewka aus Schleswig. Herr Plewka hat amtlich bekundet, daß er bei einer aus völlig anderem Anlaß stattgehabten Unterredung lediglich seiner privaten Ansicht Ausdruck gegeben und weder von einem Auftrag gesprochen noch sich überhaupt den Anschein gegeben habe, der Ueberbringer eines amtlichen Auftrags zu sein.

Rückblicke.

Da man sich in der Tagespresse nunmehr mit der Erkenntnis abgefunden zu haben scheint, daß über die Vorlagen der Reichsfinanzreform nicht früher ersprießlich zu diskutieren sein wird, als ihr Wesen und Inhalt der Oeffentlichkeit zugängig gemacht ist, so befassen sich einige Blätter inzwischen mit der mutmaßlichen Haltung der Parteien dazu. Natürlich kann hierbei ebenfalls nichts herauskommen als Stoff zu etlichen sommerlichen Leitartikeln, die ihr Sach' auf Wenn und Aber stellen. Die Kölnische Volkszeitung fand auf diesem Wege heraus, daß ein politischer Kuhhandel — preußische Wahlrechtsreform gegen Reichsfinanzreform — zum Behuf der Liberalen im Gange sein müsse, und die Magdeburgische Zeitung, ein nationalliberales Organ, schlug allen Ernstes vor, es so und nicht anders auch zu machen. Wohl nicht mit Unrecht erblickte die Kölnische Zeitung hierin ein Ueberbleibsel des Mißmuts, vom Ausfall der Landtagswahlen herrührend, und erhob ihre Stimme zur Warnung. Grundsätzlich lasse sich gegen das do ut des in der inneren Politik zwar nichts einwenden, dort ständen die Kontrahenten gegenüber wie in jedem Geschäft. Nicht nur die einzelnen Parteien handeln untereinander um den Preis eines Zugeständnisses, sondern auch die Parteien mit der Regierung. Wer alles hingäbe, ohne einen Gegenwert zu erhalten, erfülle sein Mandat schlecht. In der Politik mache das Geschäft, der das wenigste weggebe und das meiste heimtrage. Diese Auffassung hat aber ihre Grenzen, und diese Grenzen sind diesmal besonders eng gesteckt. „Ein Kaufmann wird auf ein günstiges Einzelgeschäft gern verzichten, wenn er durch den Abschluß den Ruf und Kredit seines Hauses schädigt. So werden auch die Liberalen, wenn sie das Werk der Finanzreform von der Bewilligung eines neuen preußischen Wahlrechts abhängig machen, das Ansehen und die Dauer der Blockpolitik gefährden. Es wäre für alle Parteien im Block ein Präzedenzfall, die Blockpolitik nicht ihrer selbst willen, sondern sonstiger, außerhalb liegender Vorteile willen zu treiben. Damit aber wäre der vorzeitige Zerfall des Blocks gegeben. Dazu kommt, daß die Reichsfinanzreform aus Gründen, die in der Sache liegen, mit der Beamtenbesoldungsvorlage zusammenhängt, daß jede Verzögerung und gar das Scheitern der Reform Folgen für die Beamten haben muß. Man wird aber die Unschuldigen nicht für die Schuldigen leiden lassen wollen. Wichtiger aber als diese Bedenken ist uns ein Drittes. Das do ut des wird zum verwerflichen Kuhhandel, wenn um nationale Fragen gefeilscht wird. Daß das Zentrum rücksichtslos die Interessen seiner Anhänger vertrat, verdachte ihm kein Politiker; daß es aber seinen Zorn gegen Herrn Dernburg in einer nationalen Angelegenheit austoben ließ, hat seine Herrschaft gestürzt. Die Reichsfinanzreform ist aber ebenfalls eine Frage, die alle Parteien mit demselben Ernst anspricht, deren Erledigung von Tag zu Tag mehr nationale Pflicht wird, für die jede Partei Opfer bringen muß, ohne Dank zu verlangen. So verständlich die Erbitterung der Liberalen ist, so verhängnisvoll wäre es, sich in dieser Stimmung zu Taten hinreißen zu lassen, die dem nationalen Liberalismus gefährlich werden müßten." — Von anderer liberaler Seite ist denn auch betont worden, wie sehr die Zentrumspresse es sich angelegen sein lasse, jeden kleinen Anschein einer Trübung wahrzunehmen, vor allem aber auf das schlechte Gedächtnis, dessen die Tagesmeinung sich rühmen darf, kühn zu bauen. Es handelt sich allerdings für die jetzigen Mehrheitsparteien im Reichstag durchgehends immer wieder darum, ihr inneres Verhältnis zu den nationalen Aufgaben, welcher Art sie auch seien, klar hervortreten zu lassen. Eine Politik, die von dieser gesunden Basis weder abgeht noch davon wegzulocken ist, wird die beste bleiben.

Eine etwas verspätete, aber als Symptom interessante Kritik übte die Fuldaer Zeitung, ein Zentrumsblatt, an dem von nationalliberaler Seite gegen die Wahl des Landtagsabgeordneten v. Kloeden eingelegten Protest. General v. Kloeden war in St. Goarshausen-Rheingau-Meisenheim als Kandidat des Bundes der Landwirte aufgestellt und siegte am 16. Juni schon im ersten Wahlgange, da die Zentrumswahlmänner ihren Kandidaten Heß aufgaben und übertraten. Der Protest machte nun geltend, hierdurch wären die Urwähler des Zentrums in ihren Voraussetzungen getäuscht worden. Wenn die Fuldaer Zeitung darauf erwiderte, das zu rügen sei eben Sache dieser Wähler selbst gewesen, so läßt sich wenig dagegen einwenden. Aber dann heißt es weiter: „Wenn das Zentrum seine eigene Kandidatur im ersten Wahlgange aufrechterhalten hätte, so wäre, wie schon so oft, der Kandidat der Nationalliberalen mit dem Zentrumskandidaten in die Stichwahl gekommen, und dann war dank der konfessionellen Befangenheit der evangelischen Meisenheimer die Wiederwahl eines Nationalliberalen so gut wie sicher. Die Rheingauer Zentrumsmänner aber durchschauten das liberale Rechenexempel und machten gleich im ersten Wahlgange einen Strich dadurch." Bei dieser Wahl haben nur bürgerliche Parteien miteinander gerungen, und Kompromisse waren in vielen Fällen angebracht. Es ist also nicht dagegen zu polemisieren, sondern vielmehr eine Nutzanwendung zu ziehen, und zwar im Hinblick auf die kommende Reichstagsersatzwahl in Speyer-Ludwigshafen. Wie schon erörtert, hat das führende Organ des rheinischen Zentrums bereits zu verstehen gegeben, dort sei ein Zentrumsmann zu wählen, oder überhaupt kein bürgerlicher Kandidat; — die Sozialdemokraten besitzen nämlich die relative Mehrheit, während ihnen zur absoluten bisher einige Tausende fehlten. Nächst dieser Partei kommen die Nationalliberalen, während das Zentrum erst die dritte Stelle einnimmt. Man kann also die Drohung nur dahin verstehen, daß das im Rheingau soeben verpönte Rechenexempel in der nahen Pfalz ungleich günstiger bewertet werden soll, diesmal aber zum Vergnügen eines „Genossen". Ganz gewiß taucht auch hier die Frage nach dem inneren Verhältnis zum nationalen Gedanken auf; die Zentrumsleitung aber hat dauernd noch sehr große Mühe, um zu begreifen, daß klug sein nichts weiter ist als die Fähigkeit, augenblickliche kleine Vorteile zu Gunsten eines größeren Nutzens zu opfern. Ja, was den Herren in Speyer-Ludwigshafen angeraten worden ist, bedeutet gar keinen Vorteil, sondern nur die Aktion einer leeren Verbissenheit.

Angesichts der mannigfachen Erörterungen über die örtlichen Wahlabkommen des Bundes der Landwirte mit verschiedenen Parteien hat die Korrespondenz dieser wirtschaftlichen Vereinigung von neuem ihre allgemeinen Gesichtspunkte dabei entwickelt. Der Bund betrachte sich, so betont der Artikel, als außerhalb der vorhandenen Parteien stehend und habe seit nunmehr 15 Jahren lediglich dahin gestrebt, seine Ideen innerhalb der einzelnen politischen Parteien zur Geltung zu bringen. Das schließe natürlich nicht aus, sondern bedinge geradezu auch die Aufstellung eigener Kandidaturen da, wo er anders seinen wirtschaftspolitischen Zielen nicht gerecht werden kann. Dadurch ergab sich für den Bund die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit allen politischen Parteien, soweit ihre nationalwirtschaftliche Richtung dies überhaupt zuläßt. Dem Zentrum gegenüber aber habe der Bund der Landwirte stets dieselbe neutrale Politik walten lassen, wie er sie den übrigen Parteien gegenüber stets zur Anwendung brachte. Dazu wird näher ausgeführt:

„Auch bei den letzten Wahlen hat sich der Bund in der Lage befunden, unter den aufgestellten Zentrumskandidaten eine größere Anzahl zuverlässiger und auf wirtschaftspolitischem Gebiete bewährter Vertreter unterstützen zu können, er ist damit in einer größeren Reihe von Fällen erfolgreich geblieben. Auch dem Zentrum gegenüber muß der Bund seine Aufgabe darin erblicken, für die Wahl möglichst vieler Kandidaten zu wirken, die seinen wirtschaftspolitischen Auffassungen nahestehen und diese zu fördern bereit und geeignet sind. Der Bund vertritt in kirchlichen und religiösen Fragen einen durchaus paritätischen Standpunkt, er will die konfessionellen Gegensätze nicht verschärfen, sondern mildern, um alle Kräfte gegen die gemeinsamen Feinde der christlichen Weltanschauung zu sammeln. Er wird auch unter der Blockpolitik die Beziehungen zu denjenigen Zentrumsabgeordneten aufrecht erhalten, die ihm bei der Vertretung seiner Bestrebungen behülflich sind. — So ist der Bund der Landwirte auch bei den letzten Landtagswahlen seinen alten Grundsätzen treu geblieben. Weit davon entfernt, sich einer politischen Partei dienstbar zu machen, versucht er in allen Parteien, soweit seine Anschauungen überhaupt in diesen eine Stätte finden können, für seine Bestrebungen, und damit einigend, zu wirken. Unsere bisherige politische Entwicklung hat die Richtigkeit dieser Stellung des Bundes zu den Parteien bestätigt, und wenn es gelungen ist, bei den letzten Landtagswahlen eine weitere Stärkung der mittelstands- und landwirtschaftsfreundlichen Elemente im Hause der Abgeordneten zu stande zu bringen, so ist dies im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der Bund auf alle diese politischen Parteien Einfluß zu nehmen bemüht geblieben ist."

Unseres Erachtens darf bei dieser Taktik doch nicht übersehen werden, ob durch einseitige Betonung der wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte nicht höhere nationale Interessen zu Schaden kommen. Gerade die neueste Entwicklung unserer inneren Verhältnisse hat gezeigt, daß das politische Leben der Nation sich keineswegs in wirtschaftlichen Bestrebungen erschöpft.

Von einer gewissen Bedeutung für das Stärkeverhältnis der Parteien in der württembergischen Zweiten Kammer ist die Landtagsnachwahl in Oberndorf gewesen. Sie war eingetreten, weil die Wahl des katholischen Arbeitersekretärs Andre für ungültig erklärt worden war. Andre hatte bei der Stichwahl 1906 nur mit der geringen Mehrheit von 8 Stimmen über den demokratischen Gegenkandidaten gesiegt, und da einige Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren, so wurde das Ergebnis durch Beschluß der Zweiten Kammer für nichtig erklärt. Dieses Mal hat das Zentrum im ersten Wahlgang, und zwar mit dem wieder aufgestellten Andre gesiegt. Nun gehen bei der Frage, welche politische Bedeutung der Wahl zukommt, die Schlüsse der Parteiorgane sehr weit auseinander. Das dortige Zentrumsblatt erkennt ein Votum gegen den Schulradikalismus und einen Fingerzeig dafür, daß das katholische Volk in der Schulfrage mit dem Zentrum geht. Daran mag etwas Wahres sein, das aber nicht wundernehmen kann, da der Bezirk zu zwei Drittel katholisch ist. Diametral dieser Auffassung gegenüber steht die Auslegung des Beobachters, der der Wahl jede tiefere politische Bedeutung abspricht und sie als Zufallsspiel, abhängig von lokalen Vorkommnissen, bezeichnet. Häßliche Zänkereien um die Stadtschultheißenwahl in Schramberg, welche Erscheinungen, insbesondere Zwistigkeiten nahe verwandter Familien, von absonderlicher Art gezeitigt und einen auswärts kaum verständlichen Hitzegrad politischer Leidenschaft entfacht hat, haben ein unnatürliches Kompromiß zur Folge gehabt, wonach die zu dem Fabrikanten Landenberger haltende Richtung der Deutschen Partei sich verpflichtet hat, den Kandidaten des Zentrums zu wählen, wogegen dieses die Wiederwahl des Stadtschultheißen Harrer verhindern will. Diese Parteizerklüftung in Schramberg soll für den Sieg des Zentrumskandidaten den Ausschlag gegeben haben. Dagegen glaubt der Beobachter, den Umstand, daß sich die Stimmenzahl der Volkspartei immerhin auf der alten Höhe gehalten hat, als Beweis für das Fortschreiten des Simultanschulgedankens ansehen zu dürfen. Diese Folgerung mag jedoch etwas weit gehen, da eine Anzahl Wähler für die ihnen im übrigen sympathische Volkspartei trotz ihres Eintretens für die Simultanschule gestimmt haben kann. Im übrigen wird man allerdings gut tun, aus einer einzelnen Nachwahl keine weitgehenden Schlüsse auf Abstieg oder Aufstieg der Parteien im ganzen oder etwa gar auf die Reichsblockpolitik zu ziehen, sondern sich mit dem Faktum zu begnügen, daß der Anlauf der Volkspartei auf das Zentrumsmandat von Oberndorf von dieser Partei mit überlegener Stärke abgewiesen worden ist. Nach Kassierung der Wahl Andres hatten Volkspartei und Zentrum gleich viele Parlamentssitze, je 24. Die Volkspartei hoffte, der Vorzugsstellung, die sie in der Zweiten Kammer als Inhaberin des Präsidentenstuhls genießt, die numerische Berechtigung durch Eroberung eines weiteren Sitzes zu verleihen. In dieser Hoffnung sieht sie sich getäuscht; das Zentrum ist mit 25 Sitzen nach wie vor die stärkste Partei in der Zweiten Kammer geblieben.

Als erheiterndes Zwiegespräch kann man zwei Verlautbarungen über die oberschlesischen Landtagswahlen bezeichnen. Hier hat wieder einmal die Köln. Volksztg. die Rolle des Docteur Tant mieux übernommen, und sie sagt dementsprechend:

„Zentrum und polnische Fraktion, die bisher zum großen Schmerz aller Katholiken Deutschlands mit großer Leidenschaft und Erbitterung sich befehdeten, kämpften dieses Mal Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Gegner — den Block. Es herrschte überall eine Begeisterung, eine Entschlossenheit, wie sie Oberschlesien kaum in den besten Zeiten des oberschlesischen Zentrums, im Kulturkampf, erlebt hatte. In den zahllosen Wahlversammlungen sprachen zu den in Massen herbeiströmenden Wählern polnischer und deutscher Zunge warme, herzliche Worte des Friedens, der Eintracht Redner und Politiker aus beiden Lagern. Der Kompromißgedanke fand überall die begeistertste Aufnahme. So kam es, daß trotz allem Wahlterrorismus, der von Beamten, von Industrieherren ausgeübt wurde, der zwischen Zentrum und Polen geschlossene Kompromiß einen glänzenden Sieg davontrug, die Blockparteien auf der ganzen Linie eine niederschmetternde Niederlage erlitten, von der sie sich hoffentlich nie erholen werden. Das Verdienst, diesen großen Erfolg herbeigeführt zu haben, gebührt in erster Linie den Männern, die trotz aller Enttäuschungen unverdrossen auf eine Einigung der beiden Parteien hinarbeiteten und schließlich auch den Kompromiß zu stande brachten. Es sind dies von der Zentrumsseite namentlich die Abgg. Graf Oppersdorff und Hager und der frühere Abg. Generaldirektor Dr. Stephan, von polnischer Seite der Pfarrer Kapitza und der Chefredakteur des Katolik, der Abg. Napieralski. Besonderes Lob verdient die Haltung der polnischen Partei. Trotzdem sie nur drei Mandate erhielt, leistete sie in der Wahlbewegung die Hauptarbeit, die Disziplin der polnischen Wähler war musterhaft. Wiewohl das Zentrum in vielen Kreisen rein deutsche, der polnischen Sprache kaum mächtige, den Arbeitern wohl nicht immer sympathische Kandidaten aufgestellt hatte, regte sich doch nirgends Widerspruch, alle stimmten geschlossen für die von den Parteiführern warm empfohlenen Kandidaten. Selbst Korfanty trat entschieden für die Zentrumskandidaten ein. Diese bewunderungswürdige Disziplin der polnischen Partei, die Besonnenheit und Klugheit, mit der die polnischen Führer den Wahlkampf leiteten, ist zweifellos ein Zeichen, daß die polnische Bewegung in Oberschlesien gesundet ist, daß sie nunmehr das Radikale, Demagogische abgestreift hat und sich nun auf den festen Boden einer gesunden Realpolitik gestellt hat."

So aber meint es gerade Herr Korfanty durchaus nicht. Er sieht sich in seinem Blatte Polak den hochgerühmten Frieden näher an und findet, daß die Freude in der Zentrumspresse darüber viel zu echt ist, um den Polen gefallen zu dürfen. Korfantys Erwiderung lautete also:

„Viele Leute von uns beschuldigen das Zentrum, daß es im Kompromißwasser die polnischen Fischlein angeln will, um auf Kosten der polnischen Partei seine geschwächten Kreise zu stärken. Weil das polnische Wahlkomitee einen gottgesegneten Schlaf nach den Wahlen schläft, und unsere polnische Wahlorganisation überhaupt gar nicht die polnischen Fischlein vor den Zentrumshechten schützt, deshalb wenden wir uns an alle polnischen Wahlmänner, damit diese keine Aemter in der Zentrumspartei annehmen. Wir ermahnen sie auch deshalb, damit das Zentrum die Einmischung und das Aergernis läßt, und das Kompromiß durch klare Feststellung der Grenzen sich noch weiter erhält. Unser Wahlkomitee erinnern wir an seine Pflicht, daß es sich sofort nach den Wahlen hätte auflösen müssen, damit sich ein neues Komitee bilden konnte, und zwar ein Komitee, das in Wahrheit die Vertretung des polnischen Volkes in Oberschlesien sein konnte; ein Komitee, das aus Leuten sich zusammensetzt, die hervorragenden Anteil an unserer politischen und materiellen Lage nehmen. Es ist die höchste Zeit, daß das geschieht."

In einer hellen Stunde aber hat ein Mitarbeiter der in Warschau erscheinenden Nowa Gazeta sich Gedanken darüber gemacht, warum die Polen und andere Slawen wohl dauernd hinter dem Deutschtum zurückstanden. Die Frage historisch fassend, bemerkte er: „Ich will keinen Krieg mit den Deutschen, weil wir schwach sind und gänzlich zertrümmert werden könnten. Ich kann meine Hochachtung vor der germanischen Rasse nicht verbergen, und zwar deshalb, weil sie im letzten Jahrtausend von Slawen, Türken, Ungarn, Mongolen bedroht worden ist und alle gehörig abgewehrt hat. In dieser Richtung beneide ich die Deutschen. Es gab Zeiten, in welchen Gott für die Slawen nicht ungünstigere Verhältnisse schuf als für die Deutschen. Wenn aber die slawischen Reiche gleich nach ihrer Begründung eines nach dem anderen zertrümmert wurden, so zeugt das nicht zu ihren Gunsten. Wenn die Slawen nur zu wehklagen verstehen, warum sollen wir die Deutschen zu Schuldigen unserer Unglücksfälle machen?" — Kann der Mutige gewärtig sein, daß seine selbstbewußteren Stammesbrüder ihn bitterlich dafür befehden werden, falls ihnen hier die Taktik des Niederschweigens nicht besser zusagt, so ist er doch auf dem richtigen Wege der Untersuchung begriffen. Wenn die polnische Propaganda heute versucht, mit Mitteln, die sie dem deutschen Staatswesen und unseren engeren Institutionen abgelauscht hat, Erfolge zu gewinnen, so würde das alles in dem Augenblicke wieder verfliegen, wo das Polentum sich gebietend fände.

Während einer Reihe von Jahren war man gewöhnt worden, die Parteitage der Sozialdemokratie durch ein Crescendo ihrer internen Auseinandersetzungen eingeleitet zu finden; die „Genossen" zankten sich in Presse und Versammlungen oft Monate zuvor mit grimmigen Gebärden um ihnen wichtige Themata, bis dann die Resolution der Mehrheit als eiserner Schlußvorhang fiel. Diesmal aber herrscht eine immerhin auffällige Stille, doch es hieße vermutlich zu viel folgern, nähme man sie als die Pause vor einem Sturm. Mag sein, daß die Leitung auf irgend einen zu der vorläufigen Ruhe im Gliede gegensätzlichen Parteieffekt hinarbeitet, etwas „Imposantes" liefern will, aber da müßte sie sich schon anstrengen, und bei der allgemeinen Stimmung im sozialistischen Lager sind die Aussichten auf Neubegeisterung nach beliebiger Richtung hin keineswegs groß. Da hat Die Einigkeit, das extreme Organ der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, in ihrer anarchistisch getönten Manier zur nicht unzeitgemäßen Beleuchtung der Zustände beigetragen. Der Artikel beschäftigt sich mit der Parteidisziplin und führt dazu u. a. aus:

„Die sozialdemokratische Partei ist so straff diszipliniert, daß ein Widerspruch einzelner Genossen gegen die Maßnahmen und den Willen der Parteileitung nicht geduldet wird. Nach dem Vorwärts wird von unseren Anhängern blindes Vertrauen in die Führer und Worte erwartet; darauf beruht die Stärke der Partei. Welche Selbstüberschätzung, welche despotische Gewissenlosigkeit liegt in diesem Eingeständnis, daß die Parteiführer ihre eigenen proletarischen Genossen planvoll zu unwürdiger Willfährigkeit und oppositionsloser Gedankenunterwürfigkeit heranzubilden bemüht sind! Schmählicheren Verrat konnte die Führerschaft nicht verüben, als für sich selbst und ihre Worte von den Genossen blindes Vertrauen zu fordern. Also Stimmvieh gebraucht die Partei. Mit gedankenlosem Stimmvieh will sie die festgefügte Raubburg des Kapitalismus stürmen. .... Der sozialdemokratischen Parteileitung ist es leider nur um eine höchst eigensüchtige politische Macht zu tun; darum ist sie nur zu oft geneigt, den Genossen unnötige und nachteilige Beschränkungen zu ihren eigenen Gunsten aufzuerlegen. .... Die Führer allein aber tragen die Schuld daran, daß die Bemühungen des Volkes zur Durchbrechung der Ausbeutung des Kapitalismus bisher erfolglos gewesen sind. Die Allmacht der Partei zeigte sich, wie es die zur Herrschaft gekommene Brutalität zu allen Zeiten getan hat, vor allem in Hemmung der persönlichen Entwicklung und im Ueberwachen der Kontrollvorschriften. .. Die Partei hat die Genossen daran gewöhnt, sagen wir es ungeniert, das Maul sperrangelweit aufzureißen, von der Solidarität und den Kulturaufgaben zu schwatzen, ohne auch nur den Versuch zu wagen, im Sinne des internationalen revolutionären Sozialismus wirklich zu handeln."

Hier wird der rabiate Kritiker zuletzt insofern ungerecht, als er den sozialdemokratischen Terrorismus gegen bürgerliche Gewerbetreibende als Versuch nicht erwähnt zu haben scheint. Es genügt seit der Probe bei den Landtagswahlen nicht einmal mehr, daß die so Bedrohten als Geheimgenossen „freiwillig" Beiträge für die Partei abliefern, wie verschiedentlich als geschehen erwiesen worden ist. Solche verschwiegenen Freibriefe der Furchtsamkeit werden gewöhnlich von den Ausstellern am wenigsten geachtet; sie fordern statt des Fingers die Hand, sobald es ihnen behagt. Ein sozialdemokratisches Flugblatt, das dieser Tage in einem Berliner Vorort massenhaft verteilt wurde, zeigte die wirtschaftliche Gewalttätigkeit des Verfahrens wieder auf voller Höhe. 22 Geschäftsinhaber verschiedener Branchen und Handwerke waren hier mit voller Adresse aufgeführt, worauf es hieß: „Diese Euren lieben Mitbürger haben bei der Landtagswahl ihre Stimmen zu Gunsten der Dreiklassenschmach abgegeben. Nun Ihr kleinen Beamten und Arbeiter laßt diese Herrschaften ihren Ramsch verkaufen, an wen sie wollen; mögen die erst- und zweitklassigen Wähler bei ihnen kaufen, meidet sie. Kauft nur in Geschäften, deren Inhaber ihre Stimmen zu Gunsten des allgemeinen geheimen und gleichen Wahlrechts abgegeben haben. Wir haben lang genug geliebt, nun laßt uns endlich hassen. Boykottiert diese Volksverräter!" — Daß die Geduld der bürgerlichen Parteien dieser Revolver-Propaganda gegenüber reißen wird und muß, versteht sich am Ende von selbst, und ein findiger Kopf hat schon gemeint, die Sozialdemokratie würde mit einer an Loyalität grenzenden Promptheit davon abstehen, weitere Blüten dieser Abwürgungskunst sogar streng verfolgen lernen, wenn jeder einzelne namentliche Boykott dieser Sorte in Preußen einem beliebigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten je eine Wahlmannstimme noch nachträglich kostete, und wenn ein durch solche Abzüge rechnerisch ungültig werdendes Mandat dann für die ganze betreffende Legislaturperiode ruhte. Jedenfalls kann die frivole Aufforderung, nichtsozialdemokratische Gesinnung bei unseren Staatsbürgern als Volksverrat und Grund zur Boykottierung zu behandeln, wohl kaum fortwährend mit einer nur übel angebrachten Resignation angehört und in ihren bösartigen Folgen ertragen werden. Die bürgerlichen Parteien, gegen die in ihrer Gesamtheit dieses Treiben sich richtet, werden doch wohl endlich der Einsicht praktische Folge geben, daß hier eine Abwehr durch mannhafte Selbsthülfe dringend geboten ist.

Rundschau im Auslande.

Der Fall des Deutschen Herrmann in Guatemala.

Wie ein Berliner Telegramm der Kölnischen Zeitung meldet, hat der vielbesprochene Fall des Deutschen Herrmann, der vor zwei Jahren von einem Polizisten in Guatemala erschossen wurde, jetzt seine Sühne gefunden. Durch Urteil der ersten Instanz war der Polizist Manuel Cacao zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, doch hatte der Gerichtshof geglaubt, ihm alle möglichen mildernden Umstände anrechnen zu sollen, ja ihm sogar die Wahl zu stellen zwischen der Freiheitsstrafe und einer unerheblichen Geldbuße, obgleich nach dem herrschenden Recht eine Umwandlung der Freiheitsstrafe in Geldstrafe bei Bestrafungen in den ersten fünf Jahren nicht zulässig ist. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt, und am 9. Juni fällte das Berufungsgericht das Urteil, daß Manuel Cacao unter Ausschluß mildernder Umstände und unter Verweigerung der Umwandlung in eine Geldstrafe wegen Totschlages mit 10 Jahren Zuchthaus zu bestrafen sei, die höchste Strafe, auf die in Guatemala wegen Totschlages erkannt werden kann. Die Kaiserliche Gesandtschaft hat alles in ihren Kräften Stehende getan, um das Gerichtsverfahren zu beschleunigen.

Die Vorgänge in der Türkei.

Einer Meldung der Kölnischen Zeitung aus Konstantinopel zufolge kehrt der Marschall Fuad Pascha, der Sieger über die Russen bei Elena, der vor sieben Jahren nach Damaskus verbannt wurde, aus dem Exil zurück.

Konstantinopel, 31. Juli. Der heutige Selamlik vollzog sich unter endlosem Jubel der vieltausendköpfigen, überall frei zugelassenen Menge, die unaufhörlich dem stehend im Wagen fahrenden Sultan akklamierte. Es herrschte trotz des großen Gedränges eine musterhafte Ordnung. Die Begeisterung erreichte ihren Höhepunkt, als sich der Sultan nach dem Gottesdienst am Fenster seines Kiosks noch mehrmals dem Volke zeigte. Später empfing der Sultan das diplomatische Korps, das mit Ausnahme der Vertreter Rußlands und der Balkanstaaten vollzählig erschienen war, in corpore in Audienz. Nach einer kurzen Ansprache des derzeitigen Doyens Marquis Imperiali begrüßte der Sultan besonders herzlich den deutschen Vertreter, der Grüße des Kaisers und Allerhöchstdessen Wünsche ausrichten konnte, daß der neue, vom Sultan mit so viel Weisheit und so rückhaltlos betretene Weg seiner Regierung und seinem Lande zu Glück und Segen gereichen möge. Dank der bewunderungswürdigen Selbstzucht und Ordnung des ottomanischen Volkes verlief dieser Tag, wie die vorhergehenden, in der harmonischsten Weise. Die Truppen wurden auf dem Hin- und Rückmarsch zum Selamlik mit Jubel begrüßt.

Die türkischen Blätter verbreiten in Extraausgaben eine amtliche Bekanntmachung, in der die bereits gemachten Zugeständnisse aufgezählt werden und ein Reskript des Sultans angekündigt wird, das den Wunsch des Sultans betreffend Einrichtung einer geregelten Verwaltung und Sicherung der Wohlfahrt aller Untertanen ohne Unterschied des Standes und der Religion zum Gegenstande habe. In der Bekanntmachung wird ferner erklärt, die Fortdauer der Kundgebungen würde dem Lande schaden, und es wird geraten, diese einzustellen. Das Blatt Ikdam veröffentlicht die Demission des Finanzministers Zia Pascha und zugleich dessen Abschiedsgesuch, in welchem es heißt, daß das gegenwärtige Ministerium keine Tätigkeit für die Durchführung der Verfassung entfalte und den Bedürfnissen des Landes nicht genüge. — Die Amnestie für gemeine Verbrechen ist den türkischen Blättern zufolge auf das ganze Reich ausgedehnt worden.

Konstantinopel, 1. August. Extraausgaben türkischer Blätter zufolge bestimmt das Irade, betreffend Abschaffung der Geheimpolizei: Die Geheimpolizei ist abgeschafft unter der Bedingung, daß nach den bei anderen Regierungen bestehenden Systemen Beamte zu verwenden sind, welche die Organe für geheime Polizeiangelegenheiten bilden, ohne daß irgend ein anderes Departement oder andere Personen dabei mitzusprechen haben.

Athen, 31. Juli. (Meldung der Agence d'Athènes.) Die Meldung, daß sich wieder griechische Banden im